

## Lebensversicherungen Klage gegen Ergo

Der Bund der Versicherten (BdV) will höhere Auszahlungen für Lebensversicherte erstreiten. Er hat Klage gegen die Ergo-Versicherung eingereicht und will bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Ergo hat in dem Pilotverfahren einem Kunden die Auszahlung sogenannter Bewertungs-

reserven vorenthalten – so wie es andere Versicherer auch tun. Bewertungsreserven sind Buchgewinne etwa auf ältere Staatsanleihen. Dabei geht es nicht um Kleingeld: Im Jahr 2013 beliefen sich diese Reserven der Versicherer auf über 75 Milliarden Euro. Das Vorgehen der Unternehmen ist gesetzeskonform, aber laut BdV wahrscheinlich verfassungswidrig. ase

## Start-ups Digitale Geldeintreiber

Das Berliner Internetunternehmen Finleap will mit einem neuen Start-up eine Branche mit zwielichtigem Image angreifen: die Inkassoindustrie. Pair, so der Name, will säumige Zahler statt auf dem Postweg ausschließlich per E-Mail und SMS kontaktieren. Zudem will das Unternehmen mithilfe von Algo-

rithmen herausfinden, warum ein Kunde nicht zahlt und wie sich das Geld am besten eintreiben lässt. Dabei sollen auch Daten zum Einsatz kommen, die ein Schuldner in sozialen Netzwerken hinterlässt. Investor und Berater ist Sebastian Diemer, Mitgründer des umstrittenen Hamburger Start-ups Kreditech, das Onlinekredite vergibt und dabei die Datenspuren der Kunden im Netz auswertet. akn



Diemer



PHILIPP SCHULZE / DPA

## Agrarindustrie Ende des Küken- schredderns?

Erstmals hat eine Staatsanwaltschaft Anklage gegen eine Brüterei wegen des Tötens männlicher Eintagsküken erhoben. Im aktuellen Fall geht es um die massenhafte Vernichtung bei der Brüterei Brinkschulte in Senden im Münsterland. Für männliche Nachkommen der Legehuhnrasen hat die Agrarindustrie keine Verwendung, weil sie weder Eier legen noch gut Fleisch ansetzen. Deswegen werden bundesweit rund 50 Millionen von ihnen geschreddert oder vergast, was der überwiegenden Auffassung zufolge nach dem Tierschutzgesetz verboten ist. Da sowohl die Behörden als auch das Bundeslandwirtschaftsministerium diese Praxis dulden, wurde den Brütereien bisher

meist ein sogenannter Verbotsirrtum zugebilligt, weswegen sie strafflos blieben. Im aktuellen Fall, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Münster, könne sich die Brüterei aber nicht mehr darauf berufen, das Töten für rechtmäßig gehalten zu haben – die Brüterei war spätestens seit 2013 durch eine Strafanzeige der Tierschutzorganisation Peta über die Unrechtmäßigkeit ihres Tuns informiert. Die Firma Brinkschulte will sich dazu nicht äußern. Die Klage vor dem Landgericht Münster will die Staatsanwaltschaft nun wegen der grundsätzlichen Bedeutung im Zweifel „bis zum BGH tragen“. Dass trotz eindeutiger Straftatbestände und 14 Jahren Staatsziel Tierschutz die Praxis andauert, beweise „die unglaubliche Macht des agroindustriellen Komplexes“, so Peta-Sprecher Edmund Haferbeck. nkl

## Sozialkassen Rente mit 63 kostet zwei Milliarden

Fast eine halbe Million Menschen haben seit der Neuregelung einen Antrag auf die abschlagsfreie Rente mit 63 gestellt. Im Jahr 2015 zählte die Deutsche Rentenversicherung rund 247 000 Anträge auf die modifizierte Leistung; 2014 waren es rund 206 000 gewesen. Die Kosten entsprechen in etwa der Prognose der Bundesregierung, wie die Finanzexperten der Ren-

tenkasse schätzen. Bundessozialministerin Andrea Nahles, SPD, hatte die Mehrausgaben für 2015 in ihrem Gesetzentwurf auf knapp zwei Milliarden Euro geschätzt. Seit Juli 2014 dürfen Arbeitnehmer, die mindestens 45 Beitragsjahre vorweisen können, ohne gesetzliche Abzüge mit 63 in Rente gehen. Allerdings steigt diese Altersgrenze schrittweise an. Für 1953 Geborene liegt sie heute bei 63 Jahren und zwei Monaten. Bis zum Jahr 2029 erreicht sie 65 Jahre. cos